



Die Last der Gebühren

Die Studienbeiträge pro Semester finden bei den Betroffenen keine Akzeptanz

Hohenheim/Erfurt. (ap/tlz) Vor zwei Jahren führten die ersten Bundesländer allgemeine Studiengebühren in Höhe von meist 500 Euro pro Semester ein. Vorausgegangen war ein jahrelanger Kampf gegen solche Gebühren, auch heute noch gibt es Kritik in Hessen wurden die Studienbeiträge nach einem Semester von der damaligen linken Mehrheit im Landtag wieder abgeschafft. In Thüringen, wo man intensiv um helle Köpfe wirbt, werden zwar keine Gebühren verlangt; allerdings ist ein verstärkter Immatrikulationsdrang aus Bundesländern mit kostenpflichtigem Universitätsbesuch auch nicht festzustellen.

Doch wie zufrieden sind die Studierenden an den betroffenen Hochschulen andemorts mit den Verbesserungen, die ihnen Gebührenbefürworter versprochen hatten? Eine Antwort darauf gibt der Gebührenkompass 2008, den der Lehrstuhl für Marketing der Universität Hohenheim erstellt hat. Demnach waren zum Zeitpunkt der Befragung im Mai 2008 die Studierenden alles andere als begeistert über die Verwendung der von ihnen gezahlten Gelder: Auf einer Schulnotenskala lag die durchschnittliche Zufriedenheit bei 4,55 und damit bei mangelhaft. Dabei sind die Studierenden ausnahmslos an allen Hochschulen, die Gebühren erheben, eher unzufrieden nirgends lag der Wert der durchschnittlichen Zufriedenheit über 3,5.

Für den Gebührenkompass wurden 6100 persönliche Interviews an den 54 gebührenerhebenden Universitäten geführt. Aktuelle Daten werden wieder im kommenden Mai erhoben. Die Erhe-

bung zeigt etwa, dass die Zufriedenheit mit der Verwendung der Gebühren im Süden, nämlich Bayern und Baden-Württemberg, etwas größer ist als in Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Vor allem zeigt sich, dass die Unzufriedenheit von fehlender Transparenz herührt: 85 Prozent der Befragten fühlten sich nicht ausreichend informiert, was mit ihrem Geld eigentlich passiert.

Die Informationspolitik der Hochschulen wirkt sich aber auch auf die Akzeptanz der Studiengebühren aus: So zeigt der Gebührenkompass, dass nur diejenigen Studierenden, die angemessen über die Verwendung ihrer Gebühren informiert wurden, auch daran glauben, dass sich durch diese die Studienbedingungen verbessern.

Ähnliche Ergebnisse brachte eine Untersuchung in Nordrhein-Westfalen, die das dortige Innovationsministerium 2008 beim Deutschen Studentenwerk und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Auftrag gab. Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass zwar die Hochschulen die Gebühren dem Gesetzestext folgend zweckentsprechend verwendet haben, dass es aber bei den Studierenden erhebliche Akzeptanzprobleme gibt, sagt der Generalsekretär des Studentenwerks Achim Meyer auf der Heyde. Es habe sich gezeigt, dass die Ablehnung vor allem mit fehlendem Wissen über die Verwendung zusammenhänge.

Die Untersuchung von Studentenwerk und Stifterverband zeigt zwar, dass die Gebühren überwiegend tatsächlich in die Verbesserung der Lehre flossen. Zum größten Teil wurden sie für die Betreuung der Studierenden, Investitionen in studentische Arbeitsplätze und die

Ausstattung mit Material und bessere Bibliotheksöffnungszeiten eingesetzt.

Allerdings kommt es auch immer wieder zu Streit über die Verwendung. So ärgert sich etwa der Asta an der Universität Saarbrücken darüber, dass gegen den Willen der Studierenden ein Uni-Gebäude mit Gebührengeldern aufgestockt werden solle. Generell seien mit den Gebühren im Saarland bisher zwar einige Dellen und Schlaglöcher bei der medialen Ausstattung der Hochschulen ausgeglichen worden, wie der Asta-Vorsitzende Wael Hamdan sagt. Allerdings befürchten die Studierenden, dass das Geld auch für Maßnahmen verwendet wird, für die eigentlich die Landesregierung zuständig ist.

Ähnliche Kritik richtet die SPD Niedersachsen an die Landesregierung: Anfang März kritisierte die Landtagsabgeordnete Gabriele Andretta, die Hochschulen hätten im Studienjahr 2007 Gebühren in Höhe von 92 Millionen Euro eingenommen, davon aber nur 46 Millionen ausgegeben. Wenn die Hochschulen nur jeden zweiten Euro für die Verbesserung von Studium und Lehre ausgeben, haben sie offenbar keine sinnvolle Verwendung für das Geld aus Studiengebühren, sagte Andretta. Bildunterschrift:

Ohne Extra-Kosten dürfen sich Thüringer Studierende hier in Erfurt immatrikulieren.

Foto: ddp